



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

49. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte:**

- 1 **Aktuelle Viertelstunde** ..... 1  
**hier: Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom  
10. Dezember 2003**  
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - MDgt Winkel (IM) ..... 1
  
- 2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-  
Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haus-  
haltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen  
Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidar-  
beitrag zur Deutschen Einheit 2004 und 2005**..... 2  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4502  
Drucksachen 13/4582 und 13/4614 (Berichtigungen)  
Drucksache 13/4660 (erste Ergänzung)

Vorlagen 13/2390 und 13/2435  
Vorlage 13/2442 (Aktuelle Textfassung)

– Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion ..... 2
- Ergebnis..... 6

### 3 **Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte , Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen**..... 7

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/3538 – Neudruck –

Ausschuss-Protokoll 13/888

In Verbindung damit:

#### **Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbands Ruhrgebiet**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2267

Sowie hierzu:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/2333

Und:

#### **„Die Ruhrstadt“ – ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürger-schaftlicher Entscheidungen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2452

– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion ..... 7
- Ergebnis..... 11

**4 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen ..... 11**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3014

Vorlage 13/2150

- Diskussion ..... 11
- Ergebnis..... 13

**5 Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft  
Verlässliche Einnahmen – Gemeindeeigene Steuern – Wegfall der  
Gewerbesteuer..... 13**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3578

Vorlage 13/2411

Ausschussprotokoll 13/928

- Diskussion ..... 13
- Ergebnis: *abgelehnt*..... 20

**6 Klare Regelung zum Schächten im Tierschutzgesetz des Bundes er-  
forderlich ..... 20**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3448

Ausschussprotokoll 13/965

- Diskussion ..... 20
- Ergebnis: *ohne Votum* ..... 21

- 7 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW ..... 22**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4400
- Ergebnis: *vertagt*..... 22
- 8 Entbürokratisierung:  
Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den Technischen Überwachungsvereinigungen übertragen ..... 22**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4130
- Ergebnis: *vertagt*..... 22
- 9 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL) ..... 22**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4586
- Ergebnis: *ohne Votum* ..... 25

\* \* \*

**7 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4400

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion, die im federführenden Innenausschuss noch eine Art von Anhörung anstrebe, kommt der **Ausschuss** ohne weitere Aussprache überein, den Punkt zu schieben.

**8 Entbürokratisierung:  
Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den Technischen Überwachungsvereinigungen übertragen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4130

Der **Ausschuss** kommt ohne weitere Aussprache überein, diesen Punkt ebenfalls zu schieben und das Ergebnis eines im mitberatenden Ausschuss geplanten Expertengesprächs abzuwarten.

**9 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4586

**Vorsitzender Jürgen Thulke** schickt voraus, der Gesetzesentwurf sei am 21. November vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie – federführend – sowie zur Mitberatung an unseren sowie an vier weitere Fachausschüsse überwiesen worden. Der Wirtschaftsausschuss habe mit Schreiben vom 12. Dezember 2003 mitgeteilt, dass er den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme bis zum 9. Januar 2004 eingeräumt habe und am 3. Februar seine Beratungen in einer auswärtigen Sitzung abzuschließen gedenke. Daher sollte sich der Ausschuss darauf verständigen, bereits heute die Beratung abzuschließen.

**Ursula Bolte (SPD)** empfiehlt, die Gepflogenheit in dieser Sitzung fortzusetzen und den Gesetzesentwurf der Landesregierung ebenfalls an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten. Gleichwohl sollte im weiteren Verfahren aus der Sicht der Kommunen einiges noch Beachtung finden.

Einerseits wäre es vermessen, hier schon ein abschließendes Votum abgeben zu wollen, da der federführende Ausschuss offensichtlich den kommunalen Spitzenverbänden bis zum 9. Januar 2004 eine Chance zur Stellungnahme eingeräumt habe, dessen Inhalt man noch nicht kenne..

Andererseits warte die Region Ostwestfalen darauf, dass nun etwas geschehe. Daher sollte sich der Ausschuss nicht verfahrensverlängernd betätigen. Das wäre kontraproduktiv und die positive Wirkung dieses Modellprojekts würde dadurch zumindest in der Startphase deutlich geschmälert.

**Ewald Groth (GRÜNE)** stimmt entsprechend dem Wortbeitrag von Frau Bolte zu, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

**Manfred Palmen (CDU)** ist der Meinung, so zu verfahren wie Herr Dr. Wolf an anderer Stelle vorgeschlagen habe.

Die CDU habe keine Probleme mit dem Gesetzentwurf mit Ausnahme der vorgesehenen Zusammenführung von Umweltschutz und Arbeitsschutz in eine neue staatliche Superbehörde. Angesichts des Umstandes, dass man entsprechend dem „Düsseldorfer Signal“ Regionalverwaltung zusammenführen und eine Aufgabenkritik machen wolle – das habe der Ministerpräsident zumindest in der letzten Besprechung dazu zugesagt –, die Ende April vorliegen solle und in der sich zeigen werde, was man kommunalisieren bzw. was man privatisieren könne, halte es seine Fraktion nicht für richtig, diesen einzelnen Punkt der 12 Einzelpunkte so zu biegen, dass praktisch eine neue Superbehörde aus diesen vier Behörden entstehe und es womöglich im Zuge der Regionalisierung zu einer weiteren Änderung komme. Hier befinde sich der Gesetzentwurf auf einem Irrweg. Auf diesem Feld müsse sehr vorsichtig vorgegangen werden. Das stehe auch so in einem Beschluss des Landkreistages vom 9. Dezember, in dem man sich ausdrücklich mit allem einverstanden erklärt habe – mit Ausnahme der Zusammenführung.

Seine Fraktion schließe sich dem Vorschlag von Dr. Wolf an, die abschließende Beratung zu schieben, bis die genannten Dinge diskutiert worden seien. Seine Fraktion, in der das Bewusstsein dieses Problems nun hochgekommen sein, wolle sich intern erst einmal sachkundig zu machen, um nicht in der Euphorie von Bürokratieabbau Fehler zu begehen. Man sei am 13. Juli 1999 mit der Verwaltungsstruktur einen Schritt vorangekommen. Sollte aber der vorliegende Gesetzentwurf an der Stelle so beschlossen werden, wäre das ein Rückschritt. Damit sei man nicht einverstanden.

**Ursula Bolte (SPD)** verweist darauf, dass sie in ihrem Eingangsstatement die fachliche Frage bewusst ausgeklammert habe, und will nach den Ausführungen des Kollegen ihren Beitrag um diesen Aspekt ergänzen.

Wenn man das Bürokratieabbaugesetz mit all den Komplikationen auf drei Jahre befristen wolle, wüsste sie gern seitens des zuständigen Hauses, wie man sich den Aufbau dieser neuen Behörde vorstelle. Das sei in der Tat einer der Dollpunkte in dem Papier. Sie sei der Auffassung, dass das vernünftig geregelt werden könne. Es

gehe aber aus dem Gesetzentwurf und seiner Begründung nicht hervor, welcher Teil privatisiert und welcher kommunalisiert werde und welcher Teil in eine Behörde, welchen Zuschnitts auch immer, übergehen solle. Das seien auch die in der Region gestellten Fragen. Neben dem Landkreistag habe sich auch der Regionalrat zu dieser Frage geäußert.

Bevor man diesen Gesetzentwurf verabschiede, sollte an der Stelle Klarheit herrschen. Wenn sich der Wirtschaftsausschuss überzeugen ließe – und damit wäre er auch klug beraten –, nicht am 4. Februar seine abschließende Entscheidung zu fällen, böte sich noch Gelegenheit genug, eine Klärung herbeizuführen und man bräuchte nicht in der heutigen Sitzung diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum weiterleiten. Den Schwung, der in der Sache stecke und der bei vielen Akteuren in der Region vorhanden sei, dürfe man nicht dadurch abbremsen, dass man sich hier endlos damit befasse. Sie bitte daher, auf schnellstmögliche Art und Weise den Klärungsprozess so weit abzuschließen, dass man wisse, worauf man sich einlasse. Allerdings: Superminister und Superbehörden gebe es nur selten. Das werde sicherlich keine Superbehörde werden, sondern man benötige vernünftig funktionierende Behörden, die ohne großen Aufwand auskämen.

**Ewald Groth (GRÜNE)** befürchtet einen Rückschritt in der Verwaltungsstrukturreform, wenn nun auf verschiedenen fachpolitischen Ebenen neue Behörden und andere Strukturen drohten. Insofern empfehle er persönlich, in solchen Fragen sehr sensibel zu verfahren; denn man sollte in der Frage der Strukturreform nicht ins Trudeln kommen und von bewährten Kriterien abweichen.

**MDgt Winkel (IM)** weist darauf hin, dass die Staatskanzlei die Verantwortung für den Gesetzentwurf innerhalb der Landesregierung habe, deren Kollegen aber seit wenigen Minuten in Sachen Modellregion OWL unterwegs seien. Er selbst sei an der Entstehung dieser Dinge beteiligt gewesen, weil er an einem Fachbeirat in Ostwestfalen teilnehme.

Als der Gesetzentwurf Anfang Dezember in Ostwestfalen nach seiner Verabschiedung durch das Kabinett in einer Veranstaltung vorgestellt worden sei, habe es ein ungeheures Maß an Zustimmung vonseiten der Industrie- und Handelskammern, vonseiten des Oberbürgermeisters und der Landräte gegeben. Dort seien auch Personen aus anderen Ländern anwesend gewesen, die bedauert hätten, dass sie in ihren Ländern diese Entwicklung noch nicht beschritten hätten. Es gebe zwar solche Modellregionen auch in anderen Teilen dieser Bundesrepublik, aber nur in Ostwestfalen und nur in Nordrhein-Westfalen habe man mittlerweile auch ein konkretes Gesetzespaket, das entstanden sei aus einer Diskussion innerhalb der Region Ostwestfalen. Dabei habe es den ausdrücklichen Wunsch gegeben, nicht eine neue Superbehörde zu gründen, sondern einen Ansprechpartner für die Wirtschaft zu bilden. Das sei der Grund für diese Zusammenlegung.

Er gebe Herrn Palmen Recht, dass zunächst, wenn man solche Fragen beurteile, mit einer Diskussion über den Aufgabenbestand begonnen werden müsse, der dann die Strukturfragen folgten. Im Falle der Modellregion Ostwestfalen-Lippe werde dieses

aber parallel geschehen. So vorzugehen sei in einem solch begrenzten Zeitraum und in einer solch befristeten Aktion durchaus vertretbar.

Die Entscheidung darüber, welche der Aufgaben, die im Augenblick von Staatlichen Umweltamt und vom Staatlichen Amt für Arbeitsschutz wahrgenommen würden, privatisiert, externalisiert oder kommunalisiert werden könnten, solle bis zum Frühjahr herbeigeführt sein. Mit der Frage, inwieweit sich die damit in den kommenden Jahren gesammelten Erfahrungen dann auch in der Fläche in Nordrhein-Westfalen niederschlagen würden, werde man sich allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode zu befassen haben.

Vor diesem Hintergrund finde er es gut, wenn man jetzt den Zeitdruck auf das Vorhaben belasse und möglichst schnell zu klaren Ergebnissen komme. Dabei könne die eine Ungereimtheit, die durch Parallelität entstehe, anstatt nacheinander vorzugehen, in Kauf genommen werden.

Der **Ausschuss** stimmt mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP dafür, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Wirtschaftsausschuss weiterzuleiten.

gez. Jürgen Thulke  
Vorsitzender

rß/01.04.2004/01.04.2004

400